Erfolgskontrolle
zu den Jahreszielen 2013 des Regierungsrats

Gesamtregierungsrat

1. Das neue Regierungsprogramm ist den Mitarbeitenden und insbesondere den Kadern präsentiert und wird von der Kantonsverwaltung mitgetragen.	erfüllt
2. Die Investitionen und deren Planung sind gezielt und wirksam auf die Schlüsselinfrastrukturen ausgerichtet.	erfüllt

Landammannamt

1. Die administrativen und organisatorischen Massnahmen für den Einsatz von Vote électronique sind umgesetzt und vom Bund genehmigt und es werden ab Herbst 2013 erste Versuche mit elektronischer Stimmabgabe durchgeführt.	Teilweise erfüllt. Die Vorarbeiten seitens des Kantons Uri wurden termingerecht erledigt. Infolge offener Fragen seitens des Kantons Genf hat der Regierungsrat im August 2013 einen Marschhalt im e-Voting beschlossen.
2. Politradar ist etabliert und der Kanton kann seine Interessen gegenüber dem Bund zeitgerecht einbringen.	Teilweise erfüllt. Der Politradar beschränkt sich zurzeit noch primär auf die Beobachtung von Parlamentsgeschäften.
3. Die Schnittstellen zum Sekretariat des Landrats sind überprüft und optimiert.	erfüllt

Baudirektion

1. Das Strassengesetz ist vom Landrat und vom Volk beschlossen.	erfüllt
2. Der Planungskredit für die West-Ost-Verbindung ist vom Landrat genehmigt und die Variantenwahl ist bis Ende Jahr getroffen.	Planungskredit erfüllt; Variantenwahl teilweise erfolgt
3. Der öffentliche Wettbewerb für das Areal Winterberg ist abgeschlossen und die Liegenschaft ist verkaufsbereit.	erfüllt
4. Die Leistungsvereinbarung 2014 bis 2018 über den Betrieb der Nationalstrassen ist mit dem ASTRA abgeschlossen und vom Landrat genehmigt.	erfüllt

5. Die Wasserrechtskonzessionen für den Alpbach und den Chärstelenbach sind vom Landrat erteilt.	nicht erfüllt Alpbach: Probleme bei der Umsetzung insbesondere bei der Trinkwassernutzung der Gemeinde Erstfeld. Chärstelenbach: Verzögerung bei der Genehmigung aufgrund der Zustimmung der Korporation Uri in Bezug auf SNEE.
--	---

Bildungs- und Kulturdirektion

1. Die Änderung der Schulverordnung zur möglichen Integration von Kindergarten und Primarstufe ist vom Landrat beschlossen.	erfüllt
2. Die Programmvereinbarung mit dem Bund ist basierend auf dem kantonalen Integrationsprogramm abgeschlossen.	erfüllt
3. Der Kantonsbeitrag an die jährlichen Betriebskosten des theater(uri) ist vom Landrat beschlossen.	erfüllt
4. Eine erste Auslegung für ein regionales Sportzentrum ist erstellt (Umsetzung Motion Holzgang).	pendent
5. Eine Auslegeordnung für die zukünftige Steuerung des Bildungswesens als Entscheidungsgrundlage für den Regierungsrat über das weitere Vorgehen ist erstellt.	pendet

Finanzdirektion

1. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung im Budget 2014 erfährt eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Budget 2013.	erfüllt
2. Mit dem Projekt "Internes Kontrollsystem (IKS)" werden in der ersten Jahreshälfte die Grundlagen geschaffen, damit die Direktionen ab Mitte 2013 mit der Entwicklung und Einführung des IKS beginnen können.	erfüllt
3. Die Führung, Steuerung und Kontrolle der Kantonsbeteiligungen richten sich	erfüllt

nach den beschlossenen Public-Corporate-Governance-Richtlinien aus.	
4. Die vom Landrat beschlossenen Massnahmen aus dem 1. Wirkungsbericht NFAUR werden umgesetzt.	Teilweise erfüllt Vernehmlassung für Teilrevision FiLaG abgeschlossen. Beschluss Landrat und Volk erst im 2014
5. Die Totalrevision der Verordnung der Pensionskasse Uri (Strukturreform) ist vom Landrat beschlossen und kann per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt werden.	erfüllt

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion

1. Das revidierte Kantonsspitalgesetz ist vom Landrat und vom Volk beschlossen.	Nicht erfüllt. Das Vorhaben muss auf das Jahr 2014 verschoben werden.
2. Der Projektierungskredit für den Um- und Neubau des Kantonsspitals Uri ist durch den Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.	Nicht erfüllt. Zusätzliche Abklärungen und Studien haben eine Projektverzögerung um rund 6 Monate zur Folge.
3. Die Organisation des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts ist etabliert und die Behörden und Dienste erfüllen ihre Aufgaben im Sinne des Gesetzes.	Teilweise erfüllt. Die grosse Arbeitslast der Behörde erfordert noch strukturelle Anpassungen, damit die Aufgaben zeitgerecht erfüllt werden können.
4. Die Programmvereinbarung 2014 bis 2017 mit dem Schweizerischen Roten Kreuz über die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden ist abgeschlossen.	erfüllt.
5. Die kantonalen Richtlinien für die raumplanerische Festlegung des Gewässer- raums an Fliessgewässern sind an das neue Bundesrecht angepasst und werden im Rahmen der Nutzungsplanung der Gemeinden umgesetzt.	Teilweise erfüllt. Die Richtlinien sind nach einer Vernehmlassung an das neue Bundesrecht angepasst worden. Aufgrund der Debatte auf Bundesebene im Zusammenhang mit der Standesinitiative zur Anpassung des eidgenössischen Gewässerschutzrechts wird die Richtlinie voraussichtlich erst im Frühjahr 2014 vom Regierungsrat erlassen. Die noch rechtsgültige, bestehende Richtlinie kann aber weiterhin für die Nutzungsplanung eingesetzt werden, da diesbezüglich keine Änderung auf Bundesebene zu erwarten ist.

Justizdirektion

1. Die Vorlage zur Gemeindestruktur-Reform ist vom Landrat und vom Volk beschlossen.	teilweise erfüllt Verfassungsänderung wurde vom Stimmvolk angenommen, das Gesetz über die Gemeindefusionen jedoch abgelehnt.
2. Das kantonale Geoinformationsreglement ist in Kraft und der Terminplan für die Umsetzung des Geobasisdatenkatalogs durch die zuständigen Fachstellen ist vom Regierungsrat genehmigt.	erfüllt
3. Das kantonale Natur- und Landschaftsschutzkonzept ist vom Regierungsrat verabschiedet.	nicht erfüllt Aufgrund neuer erst im Jahr 2014 in Kraft tretender Bundeserlasse (AP 2014-2017, geänderte Bundesinventare, Biodiversitätsstrategie), die vom Kanton zu beachten sind, zeitliche Verzögerung.
4. Das überarbeitete kantonale Verzeichnis der Schutzobjekte für die erste Gemeinde ist genehmigt.	teilweise erfüllt Der Entwurf liegt vor. Die öffentliche Anhörung in der Gemeinde Realp erfolgt Anfang 2014.
5. Das Schutzreglement zum Auengebiet Widen bei Realp ist vom Regierungsrat erlassen.	teilweise erfüllt Der Entwurf des Schutzreglements liegt vor. Aufgrund von Einwendungen von Bewirtschaftern verzögert sich die öffentliche Auflage.
6. Das Revitalisierungsprojekt für das Auengebiet Rüti am Vorderschächen ist vom Regierungsrat genehmigt.	teilweise erfüllt Eine neue Projektvariante ist zurzeit bei den kantonalen Fachstellen in der Vorprüfung. Die Vorprojektgenehmigung durch den Regierungsrat erfolgt im Januar 2014.

Sicherheitsdirektion

1. Die Revision des Polizeigesetzes ist vom Landrat und vom Volk beschlossen.	erfüllt Das revidierte Polizeigesetz wurde am 24. April 2013 vom Landrat und am 22. September 2013 vom Volk genehmigt.
2. Die Totalrevision der Verordnung über den Strassenverkehr ist vom Landrat beschlossen.	teilweise erfüllt Mit Ausnahme der kantonalen Ausführungsbestimmungen zu den Qualitätssicherungsmaßnahmen bei den Fahreignungsuntersuchungen steht die revidierte

	Verordnung fest. Allerdings werden noch Bestimmungen im Zusammenhang mit "via-sicura" abgewartet, wofür auf Bundesstufe ein Konsultationsverfahren läuft. Voraussichtliches Inkrafttreten der Verordnung: 1. Juli 2015.
3. Die Zusammenlegung der Kommandozentrale Göschenen und Flüelen ist geprüft.	nicht erfüllt Das ASTRA erstellt zur Zeit die technischen Voraussetzungen für eine Zusammenlegung der beiden Einsatzzentralen der Kantonspolizei. Erst wenn diese abgeschlossen sind, kann abschliessend entschieden werden, wie und wann die Zusammenlegung erfolgen soll.
4. Für die Sanierung und den teilweisen Neubau des Zivilschutzausbildungszentrums "Krump" in Erstfeld ist in Zusammenarbeit mit der Baudirektion ein Bauprojekt erarbeitet.	nicht erfüllt Aufgrund von Sparüberlegungen musste auf eine umfassende Sanierung des "Krump" verzichtet werden. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten soll in Zusammenarbeit mit dem Amt für Hochbau ab 2014 eine etappierte erfolgen.
5. Die neue Sirenenfernsteuerung POLYALERT für die Sirenen des allgemeinen Alarms und des Wasseralarms über das Sicherheitsfunknetz POLYCOM ist ausgeführt und in Betrieb.	erfüllt
6. Das grösste Waldreservat im Kanton Uri, Fellital-Taghorn, ist genehmigt.	erfüllt Der Regierungsrat hat das Waldreservat am 29. Oktober 2013 genehmigt. Die Nutzungsvereinbarungen mit den Eigentümern sind unterzeichnet.

Volkswirtschaftsdirektion

1. Das neue Tourismusgesetz ist in Kooperation mit den regionalen Tourismusorganisationen umgesetzt.	erfüllt
2. Die Planungssicherheit für die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts Urner Talboden/Gebiet Bahn Altdorf ist gewährleistet.	Zum grössten Teil erfüllt - ausstehend ist die Verabschiedung des QGP Eyschachen (1. Quartal 2014)
3. Ein durch den Kanton, die Gemeinden	Nicht erreicht, der RRB vom 22. Oktober

und die Schwimmbadgenossenschaft Altdorf (SGA) gemeinsam getragenes Konzept zur langfristigen Finanzierung des "Schwimmbad Moosbad" liegt vor.	2013 (2013-625 R-330-12; Langfristige Finanzierung Schwimmbad) sichert die Grundlagenarbeit, um eine tragfähige Lösung zu finden.
4. Die konzeptionellen Arbeiten des Kantons zum Betriebskonzept "Gotthard Bergstrecke" sind abgeschlossen.	erfüllt
5. Die Finanzhilfeleistungen der öffentlichen Hand zugunsten der touristischen "Ski-Infrastrukturen Andermatt-Sedrun" sind beschlossen.	erfüllt
6. Die neue Agrarpolitik 2014-2017 des Bunds wird termingerecht auf Anfang 2014 eingeführt und umgesetzt.	erfüllt